

Arbeiterstimme

Tageszeitung der K.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreise für den Monat (frei Haus 2 RM, halbmönatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt / Geschäftsstelle und Expedition: Mittelbahnstraße 2 / Fernsprechnummer 17259 / Volkshochschule Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel-Straße 1 / Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sperrstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltenen Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restameile entsprechend an den dreifachen Zeilenpreis 1,20 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 7. April 1926 Nummer 80

Die Korruption bei der Reichsbahn

Riefenunterschlagungen — Bestechungen der Beamten — Güterverschleppungen — Die Täter höhere Beamte (nationale Heiden)

Krankfurt a. d. Oder. Durch den Selbstmord des Reichsbahnrates Herbert Bölling ist die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf den Riefenkorruptionsstand in Frankfurt gelenkt. Die bisherige Untersuchung hat trotz vielfachen Verfolgungsverlusten ergeben, daß 80 hohe und mittlere Beamte der Reichsbahn, die in den Jahren 1923 und 1924 bei der Direktion Oden in Frankfurt a. d. Oder tätig waren und auch heute noch zum Teil dort tätig sind, im Verdacht der passiven Bestechung, der Untreue gegenüber dem Reichs- und Staatsfiskus und der Beihilfe zum Betrug und zu Unterschlagungen, durch die Reich und Staat um ungeheure Millionenbeträge geschädigt worden sind, stehen. Obwohl in den letzten 1 1/2 bis 2 Jahren bei der Reichsbahnhauptverwaltung vielfach Anzeigen eingelaufen sind, wurde die Standalaffäre vertuscht und jede Untersuchung verhindert.

Einer der Hauptgewinnträger der Korruptionsaffäre, der Bauunternehmer Schmidt-Rohengarten in Frankfurt a. d. Oder, hat im Laufe von zwei Jahren ein Vermögen veräußert, das auf 6 bis 8 Millionen geschätzt wird. Schmidt hat völlig unkontrollierte Berechnungen für Aufträge der Eisenbahnverwaltung aufgestellt und bezahlt erhalten. Er konnte sich Millionen auszahlen lassen, da er zahlreiche Beamte bestach und an dem Ergebnis der Berechnungen beteiligte. Die Oberregierungsbaureiseleiter in Frankfurt-Oder, Ostrowki-Frankfurt-Oder, Gängebach-Frankfurt-Oder, Kiesling, jetzt Eisenbahndirektion Köln, ferner die Regierungsbaureiseleiter Schringer, Berger, Pisch und der Bauassistent Bergholz erscheinen nach dem bisherigen Stand der Untersuchung als schwer belastet.

Bei Umzügen von höheren Beamten der Reichsbahn hat der Speditieur Pinnow betrügerisch hohe Rechnungen vorgelegt. Dabei soll er die auf diese Weise erzielten höheren Beträge mit dem betreffenden Beamten geteilt haben.

Bei dem Damnrutsch auf der Strecke Berlin-Breslau machte die Firma Schmidt-Rohengarten wieder ungeheure Geschäfte. Die Abtragungsarbeiten, die Schmidt durchführte, kosteten mindestens das Doppelte, wenn nicht das Dreifache davon, was die Ausführungen in eigener Regie der Reichsbahn gekostet hätten. Bei dem Bahnhofsbaue in Neubrandenburg wurde altes Holz zum Bau verwendet und der Reichsbahn als neues in Rechnung gestellt. Ein ganzer Zug mit Holz wurde verschoben.

Bei dem Bau der Kolonie Paulinenhof rechneten Schmidt und der Bauunternehmer Holzmann für ein Haus, dessen Herstellungskosten 8000 Mark betrug, 18 000 Mark. Die Bewohner dieser Kolonie klagen schon heute über die Bauqualität der Häuser.

Nach Mitteilung der „Welt am Abend“ liegen sogar Anzeichen dafür vor, daß selbst der
Eisenbahnpräsident der Eisenbahndirektion Oden,
Matibel,

der immer wieder versuchte, eine energische und durchgreifende Klärung dieses Panamastandals zu verhindern und vor allem sich gegen das Eingreifen der Staatsanwaltschaft wehrte, in diese Affäre verwickelt ist.

Der größte Teil der oberen Beamten, die in diesem Skandal verwickelt sind, gehört nationalsozialistischen Organisationen an. Der Oberregierungsbaureiseleiter Bölling gehört zu den Gründern des nationalen „Sportvereins Ostmark“. Unter den anderen Schwerbelasteten befinden sich führende Mitglieder von schwarzweissen Organisationen.

Aus Berlin wird uns heute früh weiter mitgeteilt: Die riesenhafte Betrugsaffäre bei der Reichsbahndirektion Oden zieht immer weitere Kreise. Selbst mittlere Beamte werden sich wegen passiver Beteiligung zu verantworten haben. Eine Anzahl großer Baufirmen ist angeklagt, den Reichsbahn- und Staatsfiskus um 15 bis 20 Millionen Mark geschädigt zu haben. Nachdem die Affäre nicht mehr zu vertuschen ist, geben selbst die bürgerlichen Blätter zu, daß die oberen Beamten ein Interesse daran hatten, die Angelegenheit zu verschleiern. Die „Rote Fahne“ meldet, daß der Hauptschuldige der Eisenbahndirektion Matibel ist. Er hat nicht nur um die Unterschlagungen und Korruptionsfälle seiner Untergebenen gewußt, sondern er hat auch selbst verschiedene Betrügereien verübt. So hat er vielfach auf Kosten der Reichsbahn Möbel gekauft und Reparaturen in seiner Wohnung vornehmen lassen. Garbinen aus den früheren kaiserlichen Beständen des Berliner Schlosses wurden durch den Speditieur Pinnow auf gefälschte Rechnungen für Mattel befördert. Der Bauassistent Bergholz wurde entlassen, als er damit drohte, die Korruptionsfälle der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

In der schriftlichen Begründung seiner Entlassung heißt es, daß die Reichsbahn durch die geplanten Veröffentlichungen „geschädigt“ würde. (1) Auch verschiedene andere Beamte und Arbeiter wurden aus diesem Grunde entlassen. Alle beteiligten Beamten sind ausgesprochene Arbeiterfeinde, die besonders in der Verfolgung der Gewerkschaften ihre Aktivität bewiesen. Mit finanzieller Unterstützung der Reichsbahn wurde in Frankfurt a. d. Oder der ausgesprochene nationalsozialistische Sportverein Ostmark gegründet. Seine Mitglieder wurden in erster Linie zum Bahnhofsbaue ausgebildet. Die Lehnungsräume sind mit Fäkalienbildern und mit Karikaturen auf die Republik geschmückt. Der Führer dieses Sportvereins ist Eisenbahnhauptinspektor Julius Schulz, ein eifriges Mitglied des Stahlhelm. Alle Mitglieder erhielten bereitwillig Freifahrtscheine und Urlaub, wenn es sich um die Sprengung von Arbeiterveranstaltungen handelte.

Dieser Korruptionsstand zeigt neben den Schweineereien beim Lohlsopfer in Dresden erneut die Verkommenheit der sogenannten nationalen Kreise. Überall zeigt sich dasselbe Lumpengefindel. Diese Kerle reden den Arbeitern und Kleinbürgern vor, an ihrem deutschen Wesen soll die Welt genesen.

Umgruppierungen

Wie entnehmen diesen Artikel der „Welt am Abend“ vom 2. April.

Im Augenblick, wo das Fiasko des Völkerbundes in Genf klar wurde, erklärte die französische Presse mit aller Bestimmtheit, daß die Krise des Völkerbundes zu einem Wiederaufleben von europäischen Gruppierungen führen werde. Auch wir wiesen seinerzeit darauf hin, daß derartige Neugruppierungen unvermeidlich sind, und daß das Fiasko von Genf den Anstoß zu einer Neugruppierung der imperialistischen Kräfte Europas geben wird.

Die inzwischen verfllossene Zeit hat unsere Vermutungen vollstän dig bestätigt. In verschiedenen Winkeln Europas hat ein diplomatisches Herumschieben begonnen, das den Zweck hat, neue politische Kombinationen zu schaffen, die direkt entgegengesetzte Ziele verfolgen. Diese Arbeit wird auf dem Balkan geführt, wo einerseits in aller Eile eine englische Kombination zusammengezimmert — ein Balkan-Locarno, und andererseits eine französisch-italienisch-jugoslawische Annäherung vorbereitet wird. Das System der gegenseitigen politischen Beziehungen in Mitteleuropa ist im Umbau begriffen. Polen, das in den Bann der englischen Politik geraten ist und gleichzeitig fürchtet, in nicht ferner Zukunft mit den unvermeidlichen Folgen der englisch-deutschen Verständigung zusammenzustoßen, pendelt hin und her auf der Suche nach einer neuen Orientierung. Alle diese aufgezeigten Tatsachen sprechen vom Beginn einer neuen Umgruppierung der imperialistischen Kräfte Europas, einer Umgruppierung, die allerdings noch nicht genügend klar und deutlich hervortritt.

Dieses Suchen nach neuen Übereinkünften wirkte sich in letzter Zeit ziemlich kraß in der französischen Politik gegenüber Deutschland aus. In unserer Presse ist mehr als einmal betont worden, daß Frankreich in Locarno gezwungen war, vor der englischen Diplomatie zurückzuzweichen. Indessen ist Locarno selbst bis auf den heutigen Tag noch nicht in die Wirklichkeit umgesetzt worden und in Genf war es der englischen Diplomatie nicht gelungen, das Kräfteverhältnis von Locarno festzuhalten. Insofern bedeutet der Ausgang von Genf einen relativen Sieg Frankreichs. In der Zwischenzeit — zwischen Locarno und Genf — verhielt sich Frankreich mit allerhand diplomatischen Trümpfen für sein Spiel gegen England. Einer dieser Trümpfe war der französisch-türkische Vertrag, der im Februar 1926 abgeschlossen wurde. Wir haben die Unterzeichnung dieses Vertrages als eine Episode des französisch-englischen Wettlaufes und der Politik gegenseitiger Kompensationen bezeichnet. Wir zweifeln nicht daran, daß ähnlich wie 1921 dieser Vertrag zum Gegenstand eines Schachers zwischen England und Frankreich werden und je nachdem, ob dieser Schacher für Frankreich vorteilhaft oder nicht vorteilhaft ist, ratifiziert oder nicht ratifiziert werden wird. Unsere Einschätzung wurde überraschend schnell gerechtfertigt.

Auf seiner letzten Tagung hat der Völkerbundsrat den Beschluß gefaßt, diesen Vertrag nicht zu bestätigen. Welchen Preis England für den Verzicht Frankreichs auf diesen Vertrag bezahlt hat, entzieht sich augenblicklich unserer Kenntnis, daß aber ein solcher Preis bezahlt wurde, das unterliegt keinem Zweifel. Die Unterzeichnung des französisch-türkischen Vertrages hat somit der französischen Politik das erwünschte Ergebnis gebracht.

Im gegenwärtigen Augenblick können wir eine neue Aktion beobachten, deren Umfang sich noch nicht überschauen läßt. Das „Echo de Paris“, ein Blatt, dem man keine Deutschfreundlichkeit vorwerfen kann, druckt einen internationalen Artikel von Vertinax — einem Journalisten, der noch weniger als das Blatt deutschfreundlichen Neigungen geziehen werden kann. Nach einer Reihe recht übermäßiger Komplimente an die Adresse Deutschlands, etwa daß dieses als „großer Reformator der Zukunft“ anerkannt wird, gelangt Vertinax zu der Schlußfolgerung, daß Frankreich hauptsächlich mit Deutschland zu tun haben soll. Der Sinn der Locarno-Verträge besteht nach seiner Meinung darin, daß Frankreich zwingen, eine direkte Annäherung an Deutschland zu suchen. „Wenn der Sieg Frankreichs amputiert werden muß, so ist es für Frankreich immerhin vorteilhafter, diese Operation zusammen mit Deutschland allein vorzubereiten, als englische oder italienische Vermittlung zu benutzen“ — schließt Vertinax und fügt hinzu, daß die Zeit für eine Reise Stresemanns nach Paris gekommen sei.

Der Gedanke von Vertinax bewegt sich demnach in folgender Richtung: Locarno hat gezeigt, daß der Sieg Frankreichs (mit anderen Worten, das ganze Gebäude des Völkerfriedens) gleichmäßig werden muß. Diese Operation findet statt hauptsächlich infolge der Annäherung zwischen England und Deutschland. Vielleicht wird sie für Frankreich schmerzlicher durchgeführt werden können, wenn Frankreich selbst sich mit Deutschland verständigt und damit verliert, der englischen Politik

Neuer Anschlag gegen die Metallarbeiter

Die Metallindustriellen hatten bekanntlich für den 31. März den Tarifvertrag für die sächsische Metallindustrie aufgekündigt. Die Darzen von der Ammonstrabe glaubten den günstigsten Zeitpunkt für gekommen, um die Stunde auszunützen und das Nielsenheer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter ihren Interessen dienlich zu machen. Wir haben bereits im Januar eingehend das Tarifprogramm der sächsischen Metallindustriellen besprochen. Die von den Metallindustriellen präsentierten Forderungen zum Abschluß des neuen Vertrages entsprechen den allgemeinen Wünschen und Plänen der Industriellen. Ihr Ziel war klar umrissen. Was sie wollten, war die Verankerung der 54-Stundenwoche, das heißt die Verlängerung der Arbeitszeit mit Ausnahme Sonnabends auf 10 Stunden, weitere erhebliche Verschlechterungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen, Streichung aller tariflichen Hemmungen in der Überstundenfrage, restlose Durchsetzung ihres Forderungs-Standpunktes und vollständige Befestigung der Ferien.

Die Metallindustriellen gaden mit der Kündigung des Vertrages für die Unternehmer der übrigen Industrien das Signal zu einem neuen scharfen Vorstoß auf die Positionen der Arbeiter. Die sächsischen Metallindustriellen sind sich klar darüber, daß die Durchsetzung auch nur eines Teiles dieser unverschämten Forderungen eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter der übrigen Industrien im Gefolge haben würden.

Aus diesem Grunde hat der Schiedspruch der Schlichterkammer, die am vergangenen Donnerstag unter dem Vorsitz des berühmten Heinrich Brand in den wichtigsten Bestimmungen des künftigen Tarifvertrages einen Schiedspruch fällte, besondere Bedeutung nicht nur für die Metallarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterschaft.

Während die Verhandlungen über den Abschluß des Tarifvertrages noch nicht beendet sind, ist in den wichtigsten Fragen der Arbeitszeit und der Ferien eine Entscheidung gefaßt, die

für die Metallarbeiter eine neue Verschlechterung des Vertrages bedeutet. Während nach der bisherigen Fassung des Tarifvertrages die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Anspruch auf 6 Tage Ferien hatten, wenn dieselben für den ganzen Betrieb geschlossen genommen wurden, belagert der Schiedspruch:

„In Anbetracht aber der vorhergehenden und noch in seiner Weise zu überschenden wirtschaftlichen Notlage der Metallindustrie betragen die Ferien im Vertragsjahre 1926 fünf (5) Werkstage gleich 40 Arbeitsstunden. Für das Ferienjahre 1926 werden die Ferien allen Arbeitnehmern mit ihrem Grundlohn nach Spalte 1 bezahlt.“

Das bedeutet praktisch nicht nur eine Verkürzung der Ferien um einen Tag, sondern dazu eine neue Lohnkürzung für die Arbeiter und einen Gewinn für die Unternehmer. Bislang waren die Industriellen auf Grund der Tarifbestimmungen gezwungen, die Ferientage zu dem Grundlohn plus 5 Prozent zu bezahlen. Diese 5 Prozent kommen nach dem Wortlaut des Schiedsgerichtes nunmehr in Wegfall. Auch in der Arbeitszeitfrage haben die Unternehmer alle Verankerung, mit dem Schiedspruch zufrieden zu sein, da den Unternehmern auch für die Zukunft die 54-Stundenwoche garantiert und der Kihstundentag bzw. die 48-Stundenwoche praktisch erledigt ist.

In diesen entscheidenden Fragen hat sich also der sozialdemokratische Landesführer Brand erneut als der verständnisvolle und gute Interessensvertreter seiner industriellen Auftraggeber erweisen.

Für die sächsischen Metallarbeiter gilt es jedoch auf der Hut zu sein. Sie dürfen diesen Raub an ihren Ferien unter keinen Umständen zulassen und müssen mit allen Kräften die drohenden Verschlechterungen abwehren. Für die Metallarbeiter muß dieser scharfe Vorstoß der Industriellen die Veranlassung sein, die Reihen und die Kampfkraft des Metallarbeiterverbandes fester zu schließen und den letzten Mann zur Organisation heranzuziehen.